Bernd Faulenbach Probleme der demokratischen Entwicklung in Deutschland seit dem Deutsch-Dänischen und dem Deutschen Krieg

Der Ausgang von Kriegen hat in aller Regel erhebliche Auswirkungen auf Nationen, Staaten und Gesellschaften. Dies gilt insbesondere dann, wenn er zu tiefgreifenden Umgestaltungen der Staatsstruktur und des Staatensystems führt, wie dies bei jenen Kriegen der Fall war, die wichtige Stationen in dem zur Reichsgründung 1871 führenden Prozeß darstellen. Man hat später den Deutsch-Dänischen, den Deutschen und den Deutsch-Französischen Krieg als „Reichseinigungskriege" bezeichnet, was in anfechtbarer Weise eine Zielgerichtetheit des Geschehens unterstellt, zugleich aber kennzeichnend ist für die deutsche Interpretation dieser Kriege.

Hier interessiert aus demokratiegeschichtlicher und vergleichender Perspektive die Frage, in welcher Weise diese außenpolitischen kriegerischen Ereignisse, die konstitutiv für die Bismarcksche Reichsgründung „von oben" waren, die deutsche Entwicklung beeinflußt haben.

Der Deutsch-Dänische und der Deutsche Krieg fanden in einer Zeit statt, in der sich in Deutschland verschiedene Probleme überlagerten. 1. die Frage der Einheitsbildung (die Nationalstaatsgründung), 2. das Streben der Gesellschaft, insbesondere des Bürgertums, nach politischer Partizipation und die Frage einer zeitgemäßen Verfassungsordnung, 3. die rapide Industrialisierung und die soziale Frage, 4. die politische Rolle der Deutschen und der deutschen Staaten im europäischen Staatensystem. Es läßt sich mithin von einer „Kumulation von Problemen" sprechen[1]. Keine Frage: Die verschiedenen Probleme haben sich verknüpft und gegenseitig beeinflußt. „Lösungen" auf der Ebene der Einheitsbildung konnten dementsprechend nicht ohne Wirkung auf die andere Ebene, die der demokratischen Entwicklung, bleiben.

Über den „deutschen Sonderweg" ist viel diskutiert worden.[2] Neuerdings ist er mit dem Argument, daß es keinen „Normalweg" gebe und dieser insbesondere nicht im englischen Fall gegeben sei, angefochten worden. In der Tat ist die deutsche Entwicklung nicht selten an einem stark typisierten, historisch anfechtbaren Bild der englischen Entwicklung gemessen worden. Auch sind die sozialgeschichtlichen Unterschiede, etwa im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Adel und Bürgertum nicht so eindeutig, wie manchmal angenommen worden ist. Und doch sind Spezifika der deutschen politisch-kulturellen Entwicklung, etwa der vielfach gehemmte Prozeß der Herausbildung eines bürgerlichen Selbstbewußtseins im politischen Raum, die gesellschaftliche Modernisierung im Gehäuse des Obrigkeitsstaates bei zersplitterter politischer Kultur und Dominanz traditioneller gesellschaftlicher Werte und Leitbilder oder auch die Herausbildung eines antidemokratischen Nationalismus nicht zu übersehen. Und auch dann, wenn man die deutsche Geschichte nicht als Pappelallee sieht, die schnurgerade zum Jahr 1933 führt, bleibt doch die NS-Zeit als ein Spezifikum der deutschen Geschichte, von dem keine historische Betrachtung des 19. Jahrhunderts völlig abstrahieren kann, so unbestreitbar auch die eigentliche Inkubationsphase des Dritten Reiches in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg liegt.

[1] Peter Graf Kielmansegg: Nachdenken über Deutschland. Stuttgart 1980, S.180.

[2] Zur Diskussion über den „deutschen Sonderweg" siehe: Bernd Faulenbach: „Deutscher Sonderweg". Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins. In: Aus Politik u. Zeitgeschichte, Bd. 33, 1981, S. 3-21; Helga Grebing: Der „deutsche Sonderweg" in Europa. 1806-1945. Eine Kritik. Stuttgart, Berlin, Köln 1986; Bernd Faulenbach: Eine Variante europäischer Normalität? Zur neuesten deutschen Geschichte über den „deutschen Weg" im 19. und 20. Jahrhundert. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 16, 1987, S.285-309.

Inwieweit haben die deutschen Schwierigkeiten bei der Herausbildung einer offenen, demokratischen politischen Kultur in der Zeit der Reichsgründung, im Deutsch-Dänischen und im Deutschen Krieg ihren Ursprung?

Beide in einem engen Zusammenhang stehenden Kriege waren wichtige Ereignisse der deutschen Nationalgeschichte. Der Deutsch-Dänische Krieg war zwar in mancher Hinsicht noch ein „Kabinettskrieg", doch besaß er unverkennbar nationalpolitische Implikationen und endete aus der Sicht der deutschen Nationalbewegung mit einem Erfolg, um den man 1848 und 1850 auf revolutionärem Weg vergeblich gerungen hatte. Ergebnis war die Lösung der Elbherzogtümer von Dänemark und der dänischen Krone, wobei für die Grenzziehung das nationale Selbstbestimmungsrecht nicht maßgeblich war und auch im Frieden von Wien, der den Deutsch-Dänischen Krieg beendete, eine Schutzklausel für die dänische Minderheit fehlte. Vom Standpunkt der deutschen Nationalbewegung aus gesehen ein positives Ergebnis, zumal sich in den letzten Monaten des Jahres 1864 annexionistische Strömungen ausgebreitet hatten. Bedeutsam ist, daß der mit einem Sieg Preußens und Österreichs endende Krieg auf dem Hintergrund einer schweren innenpolitischen Konfliktsituation in Preußen geführt wurde, in der sich Krone und Regierung auf der einen Seite und die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses auf der anderen Seite gegenüberstanden. Dieser Heeres- und Verfassungskonflikt konnte von den Erfolgen des Ministerpräsidenten Bismarck in der Schleswig-Holstein-Frage nicht unberührt bleiben.

Es war der Streit um das zunächst im Kondominium, dann unter Aufteilung zwischen beiden Ländern verwaltete Schleswig-Holstein, der nicht nur die Einheitsbewegung polarisierte, sondern auch den Anlaß für den Deutschen Krieg zwischen Preußen und Österreich und ihren Verbündeten bildete, in dem es um die Frage der Vorherrschaft in Deutschland und damit im Hinblick auf die Nationalstaatsbildung auch um die schon 1848 heftig umstrittene Frage „Großdeutsch-Kleindeutsch" ging. Preußen siegte bei Königgrätz, was tiefgreifende Konsequenzen für die deutsche Entwicklung hatte: Die Frage der Hegemonie in Deutschland war damit zu Gunsten Preußens entschieden, Österreich ging künftig eigene Wege; der Deutsche Bund wurde aufgelöst, der Norddeutsche Bund geschaffen; Preußen annektierte Schleswig-Holstein, aber auch Hannover, Hessen-Kassel und Frankfurt, womit es der weitaus größte deutsche Einzelstaat wurde, ein für viele Zeitgenossen schockierender Vorgang. Die Umwälzung war so weitgehend, daß — etwa von Bluntschli — von der *„deutschen Revolution"* gesprochen wurde[3]. — Zu den Besiegten von 1866 gehörte auch die großdeutsch-demokratische Bewegung, die während des Krieges die Mobilisierung der Volksmassen gegen Preußen gefordert hatte. Die preußischen Liberalen sahen sich gezwungen, Bismarck „Indemnität"[4] zu gewähren; nur ein Teil verharrte in Opposition zu dessen Außenpolitik, die so offensichtlich erfolgreich war und die dann wenige Jahre später nach dem

[3] J. K. Bluntschli: Die Neugestaltung von Deutschland und der Schweiz. Zürich 1967. Siehe Karl-Georg Faber: Die nationalpolitische Publizistik von 1866 bis 1871. 2 Bde. Düsseldorf 1963.

[4] Indemnität ist die nachträgliche parlamentarische Billigung einer von der Regierung in Notlagen begangenen Rechtswidrigkeit. (Die Red.)

Abbildung rechte Seite:
Das Ergebnis der Kriege von 1864/1866: Preußen annektiert Schleswig-Holstein. — Die beiden Herzogtümer werden per Verordnung 1867 zur preußischen Provinz erklärt. Die preußisch-dänische Grenze im Norden lag somit an der Königsau bei Hadersleben im heutigen Dänemark. — RS

Verordnungsblatt

für

Schleswig-Holstein.

9tes Stück. Kiel, den 19. Januar. 1867.

№ 22.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.
verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1.

Die Herzogthümer Holstein und Schleswig werden in Gemäßheit des Artikels 2 der Verfassungs-Urkunde für den Preußischen Staat mit der Preußischen Monarchie vereinigt.

§ 2.

Die Preußische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1sten October 1867 in Kraft.

Die zu diesem Behufe nothwendigen Abänderungs-, Zusatz- und Ausführungs-Bestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt.

§ 3.

Das Staatsministerium wird mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 24. December 1866.

(L. S.)

(gez.) Wilhelm

(gegz.) Graf v. Bismarck-Schönhausen, Frh. v. d. Heydt, v. Roon, Graf v. Itzenplitz, v. Mühler, Graf zur Lippe, v. Selchow, Graf zu Eulenburg.

Dieses Blatt kann in Quartals- und Jahres-Abonnement durch alle Postanstalten für 2½ Sgr. pr. Bogen bezogen werden.

Die Expedition des Verordnungsblatts.

Druck von C. F. Mohr in Kiel.

Deutsch-Französischen Krieg auch zur Gründung des deutschen Kaiserreichs führen sollte.

Die Bismarcksche Politik war dadurch gekennzeichnet, daß sie die Probleme durch Machtpolitik löste, sich aber zunehmend auch um eine Verbindung mit der Nationalbewegung, in der es schon seit dem Vormärz, verstärkt seit 1848, eine preußisch-kleindeutsche Richtung gegeben hatte, bemühte. Die Erfolge dieser Politik mußten sich auf die parteipolitische und politisch-kulturelle Entwicklung in Deutschland auswirken.

II

Der Ausgang der Kriege 1864 und 1866 und die Reichsgründung „von oben" haben die weitere politische Orientierung des deutschen Bürgertums geprägt und die liberalen und demokratischen Parteien neu formiert.

Zu den Verlierern von 1866 gehörte die großdeutsch-demokratisch-antipreußische Bewegung, die Schwerpunkte in Teilen des süddeutschen Liberalismus und in Sachsen hatte und zu der auch die Schleswig-Holstein-Vereine zu rechnen waren. Die bereits durch den Ausgang der 48er Revolution geschwächte bürgerliche Demokratie erfuhr 1866 eine weitere Niederlage, als Teil der großdeutschen Bewegung und als Teil der Opposition im Verfassungskonflikt. Die relative Schwäche der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, im Kaiserreich und darüber hinaus, hat in diesen Ereignissen eine ihrer Ursachen.

Kern der demokratischen Opposition im Kaiserreich wurde angesichts der relativen Schwäche der bürgerlichen Demokratie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die stets beides war: soziale Emanzipationsbewegung und politische Reformbewegung. Die Kontinuität der antipreußisch-demokratischen Bewegung in der Sozialdemokratie repräsentieren u.a. Bebel und Liebknecht. Die insgesamt gesehen untergeordnete Rolle der bürgerlichen Demokratie und die damit in Zusammenhang stehende Doppelrolle der Sozialdemokratie, die rasch zum „Reichsfeind" erklärt wurde, ist ein wesentliches Kennzeichen der weiteren demokratischen Entwicklung in Deutschland.

Auch für den Liberalismus wurde 1866 zum Schicksalsjahr. Schon nach dem Friedensschluß 1864 begann das Lager des Bismarckgegner zu bröckeln. Prominente Historiker wie Heinrich von Sybel und Theodor Mommsen begannen sich jetzt zur Politik Bismarcks zu bekennen. Verstärkt aber fand Bismarck nach dem Deutschen Krieg Zustimmung bei den Liberalen. Im Heeres- und Verfassungskonflikt setzte sich faktisch Bismarck durch, obwohl es sich bei der Gewährung der Indemnität eher um einen Kompromiß handelte und die These einer Kapitulation des Liberalismus vor Bismarck doch wohl zu weit geht[5]. Die Liberalen spalteten sich — ein Vorgang von erheblicher Tragweite, der im Kaiserreich und in der Weimarer Republik nicht revidiert wurde. Während die schrumpfende Fortschrittspartei in ihrer Opposition verharrte, erkannten die Nationalliberalen die Machtrealitäten an und gingen ein Bündnis mit Bismarck, und damit mit wichtigen Teilen der alten Eliten, ein. Zweifellos rangierte bei einem Teil der Liberalen die Einheit vor der Freiheit, auch hatten liberale Theoretiker, wie der Kreis um

[5] vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983, S.799ff.

die preußischen Jahrbücher, Freiheit immer im Staat, nicht gegen den Staat realisieren wollen; nicht zuletzt sprachen soziale Interessen für das Zusammengehen mit Bismarck. Die Akzentverschiebung von Freiheit und Recht auf Einheit, Ordnung und Macht ist nicht zu verkennen, die Gefahr der Korrumpierung durch Anpassung an Bismarcks Machtpolitik nicht zu übersehen. Gewiß wurden die Liberalen Bismarcks parteipolitischer Partner in der Reichsgründungszeit. Doch ist nicht zu verkennen, daß die Liberalen in Preußen und im Reich während des 19. Jahrhunderts niemals regierende Partei wurden. Und mit dem Liberalismus verlor das deutsche Bürgertum einen Teil seines politischen Selbstvertrauens; sein Anspruch auf politische Herrschaft schwächte sich ab.

III

Auch im nachmärzlichen Liberalismus hatte in Deutschland die elementare Gegnerschaft zwischen liberalem Bürgertum und Adel vorgeherrscht; sie fand ihren Ausdruck in den Parlamenten, in den bürgerlichen Zeitschriften wie der „Gartenlaube", aber auch im Alltagsverhalten. Diese Gegnerschaft wurde unter dem Eindruck der Ereignisse von 1866 bis 1871 nicht nur abgebaut, vielmehr erhielten Adel und alte Eliten sogar ein neues Ansehen im Bürgertum.

In eindrucksvoller Weise wird diese Veränderung der bürgerlichen Weltsicht sichtbar in Hermann Baumgartens Buch *„Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik"* aus dem Jahre 1866[6]. Baumgarten — einst begeisterter 48er — bezeichnete den Adel als den *„eigentlich politischen Stand"*. Zwar habe sich das Bürgertum in allen modernen Staaten zu hoher wirtschaftlicher Bedeutung entwickelt, auch sei es als wissenschaftliche und technische Intelligenz führend, weshalb man bürgerlichen Kräften politischen Einfluß habe einräumen müssen. Doch zur eigentlichen politischen Aktion sei es wenig geeignet: *„... die Natur seiner gesellschaftlichen Stellung, die Wirkung seiner Berufstätigkeit auf Lebensgewohnheiten und Charakterformen und Gedankenrichtungen werden den bürgerlichen Mann nur in seltenen Fällen befähigen, in großen politischen Geschäften mit Erfolg zu arbeiten."* Baumgarten kommt zum Ergebnis: *„Wenn nun aber bedeutende politische Leistungen nur erwartet werden können von Männern, welche die Politik zu ihrem Lebensberuf gemacht haben, und wenn dem Bürgertum die eigentliche politische Karriere fernliegt, so ergibt sich daraus von selber, wie unerläßlich jedem Volk die Beihilfe des Adels ist, wenn es große politische Aufgaben lösen will ..."*[7] Hier wurde die politische Führungsrolle der alten Schichten anerkannt.

Mit Reinhard Rürup läßt sich sagen, daß in den 60er Jahren auch der dritte Anlauf zu einer bürgerlichen Revolution — nach den preußischen Reformen und der Revolution 1848 — steckenblieb, jedenfalls auf der politischen Ebene[8]. Das Ausbleiben einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution ist dabei schon von den Zeitgenossen als Kennzeichen und Vorzug der deutschen Entwicklung betrachtet worden. Der Historiker Heinrich von Treitschke sah in den Ereignissen schon 1866 die Bestätigung der Erfahrung, *„daß die großen Staatsumwälzun-*

[6] Hermann Baumgarten: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. Hrsg. u. eingeleitet von Adolf M. Birke, Frankfurt, Berlin, Wien 1974.

[7] Ebd., S.42ff.

[8] Reinhard Rürup: Deutschland im 19. Jahrhundert 1815-1871. Göttingen 1984, S.16ff., 232f.

gen gesitteter Nationen sich nicht mehr durch die Straßenschlachten glorreicher Revolutionen, sondern durch geordnete militärische Mächte vollziehen"[9]. 1870 schrieb er unter dem Eindruck der ersten Waffenerfolge: „*Die deutsche Revolution bleibt ihrem Charakter treu, sie vollbringt ihre entscheidenden Schläge durch kriegerische Kräfte unter der tatsächlichen Diktatur der Krone Preußens. Der öffentlichen Meinung verbleibt dabei nur eine bescheidene Mitwirkung.*"[10] Hier sind bereits Ansätze einer Ideologisierung des „deutschen Weges" erkennbar.

Auch in anderen europäischen Ländern hat das Bürgertum zu dieser Zeit nicht alleine geherrscht.[11] Doch spezifisch für die deutsche Entwicklung war der teilweise Machtverzicht des sich zunehmend differenzierenden Bürgertums, der durch das Verfassungssystem erleichtert wurde.

Ergebnis der als „Revolution von oben" bezeichneten Ereignisreihen war das Kaiserreich mit seiner spezifischen monarchisch-konstitutionellen Verfassungsstruktur, die zu keiner Neuverteilung der Macht führte. Die überaus komplizierte Struktur verknüpfte traditionale monarchische, föderalistische und demokratische (allg. Wahlrecht) Komponenten in einer Weise, die das Übergewicht gouvernementaler Faktoren gegenüber dem auf der Basis des gleichen Wahlrechts gewählten Parlaments sicherstellte und Preußen mit seiner spezifischen Struktur eine Schlüsselfunktion zuwies. Der auf einen starken Staatsapparat gegründete Staat blieb der Gesellschaft übergeordnet und ermöglichte dem Militär eine gegenüber dem Parlament weitgehend unabhängige Stellung. Zu einer wirklichen Parlamentarisierung der Regierungsweise kam es im Kaiserreich nicht. Die alten Eliten, an die sich wesentliche Teile des Bürgertums anlehnten, behielten eine Schlüsselstellung. Karl Marx charakterisierte das Reich gewiß überspitzt, aber nicht ganz unzutreffend, als einen mit „*feudalem Besitz vermischten und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflußten, bürokratisch gezimmerten, polizeilich gehüteten Militärdespotismus*"[12].

IV

Tiefgreifend geprägt wurde durch die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 und die damit verbundene Reichsgründung die deutsche politische Kultur. Dies betrifft sowohl die vorherrschende politische Philosophie als auch die politisch-kulturellen Leitbilder breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere des deutschen Bürgertums.

Am 30. September 1862 hatte Bismarck vor der Budgetkommission des preußischen Landtags erklärt: „*Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Preußen, sondern auf seine Macht ... Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut.*"[13] Die Äußerung Bismarcks rief damals Unverständnis, Befremden, Empörung hervor. Von der Gemeinheit und Lächerlichkeit des „flachen Junkers" sprach etwa Heinrich von Treitschke, der bald darauf zum leidenschaftlichen Verteidiger Bismarcks und seiner Machtpolitik werden sollte[14].

Die Erfolge von 1864, 1866 und 1870 schienen die Überlegen-

[9] Heinrich von Treitschke: Politische Correspondenz. In: Preußische Jahrbücher 18, 1866, S.93-107.
[10] Ders.: Friedenshoffnungen. In: Zehn Jahre deutsche Kämpfe. 2. Aufl. Berlin 1879, S.328-340, hier S.329.
[11] Vgl. Helga Grebing: Der „deutsche Sonderweg" in Europa, S.6ff.; Bernd Faulenbach: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Zu neueren Gesamtdarstellungen und Interpretationen. In: Archiv für Sozialgeschichte 27, 1987, S.499-528, insbes. S.519ff.
[12] Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms (1875). In: Marx-Engels Werke 19, Berlin 1962, S.29.
[13] Otto von Bismarck vor der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses. In: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 10, Berlin 1928, S.139f.
[14] Heinrich von Treitschke: Briefe. Bd. 2, Leipzig 1918, S.238 (Brief an W. Nokk 29. 30.9.1862).

heit der Realpolitik über die Idealpolitik zu beweisen. Theoretisch war die Realpolitik schon in den 50er Jahren, insbesondere durch von Rochaus Buch 1853[15], begründet worden, wobei die *„innere Erschöpfung der geistigen Gehalte des deutschen Idealismus, dessen Gedankengut in verflachter und denaturierter Form freilich noch weitgehend das populäre Vokabular beherrschte"*, den geistesgeschichtlichen und die Niederlage der revolutionären Bewegung 1848/ 49 den politischen Hintergrund für die Herausbildung des Konzeptes der Realpolitik bildet[16]. Rochau ließ 1869 dem ersten Band seiner „Grundsätze der Realpolitik" einen zweiten folgen, in dem die Neugestaltung Deutschlands durch Preußen als ein notwendiger Vorgang (als „Naturgesetz") betrachtet wurde, der sich der Beurteilung nach den Kriterien individueller Moral entziehe[17]. Schon 1866 hatte Rochau in einem Artikel gemeint: *„ ... der Erfolg ist der Urteilsspruch der Geschichte, des Weltgerichts, der höchsten Instanz, vor der es keine Appellation in menschlichen Dingen gibt."*[18]

In der Folgezeit wurde die „Realpolitik" im deutschen Bürgertum, nicht zuletzt auch von seinen Historikern, zum Maßstab der Politik erhoben. Man begann die Darwinsche Lehre auf die Politik anzuwenden und neigte dazu, die Berechtigung politischer Kräfte an ihrer Vitalität zu messen: „Realpolitik" wurde zur Ideologie. Der vom Reichsgründungsprozeß her geprägte Begriff der Realpolitik, der den historischen Fortschritt der Nationalstaatsbildung nicht durch Parlamentsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut erreicht sah, enthielt eine implizit antiparlamentarische Tendenz für die Innenpolitik und die Tendenz der Mißachtung von Rechtstatbeständen in der äußeren Politik (man denke an die preußischen Annexionen). Verbunden mit diesem Politikbegriff war die Überordnung der Außenpolitik über die Innenpolitik, die in der Lehre vom Primat der Außenpolitk ihren Ausdruck fand[19]. Es galt demnach, die innere Struktur auf eine wehrhafte handlungsfähige Außenpolitik, auf äußere Machtbehauptung auszurichten, was in der Regel als Begründung autoritärer Verfassungsmodelle diente, freilich eine pseudodemokratische Fundierung der Politik keineswegs ausschließen mußte. Auf jeden Fall galt die Außenpolitik als eigentliche, von der Auseinandersetzung der Parteien klar unterschiedene Politik, die den Parteien nicht ausgesetzt werden durfte, ihrerseits aber als Beschwichtigungs- und Führungsmittel gegenüber den Parteien, die sozial-moralische Milieus repräsentierten und ihrerseits zur Ideologisierung der Politik neigten, dienen konnte.

Folge der Reichsgründung war auch eine Neuprägung des deutschen Nationalismus. Waren bis dahin Nationalbewegung und demokratische Ideen eng verbunden gewesen, so wurde der Nationalismus umgepolt, kleindeutsch verengt und aufgrund der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung innenpolitisch instrumentalisiert, u.a. indem er gegen die Sozialdemokratie gewendet wurde, die als Partei der „Reichsfeinde" und vaterlandslosen Gesellen ausgegrenzt wurde. Dazu paßt, daß der politisch-gesellschaftliche status quo des Kaiserreichs als spezifisch deutsch ideologisch überhöht wurde.[20]

[15] Ludwig August von Rochau: Grundsätze der Realpolitik angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Stuttgart 1853. Neudruck hrsg. u. eingel. v. Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt, Berlin, Wien 1972.

[16] Karl-Georg Faber: Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland. In: Historische Zeitschrift 203, 1986, S.1-45, hier S.17.

[17] Siehe Faber: Realpolitik als Ideologie, S.22.

[18] Ebd., S.22.

[19] Zur Lehre vom Primat der Außenpolitik siehe Ernst-Otto Czempiel: Der Primat der auswärtigen Politik. Kritische Würdigung einer Staatsmaxime. In: Politische Vierteljahresschrift 4, 1963, S.266-287; Bernd Faulenbach: Ideologie des deutschen Weges. München 1980, S.181ff.

[20] Siehe Christian Graf von Krockow: Nationalismus als deutsches Problem. München 1970; Hans Rosenberg: Große Depression und Bismarckzeit. Berlin 1967; Bernd Faulenbach: Die These vom deutschen Sonderweg und die historische Legitimation politischer Ordnung in Deutschland. In: Karl-Ernst Jeismann: Geschichte als Legitimation? Braunschweig 1984, S.99-117, hier S.101ff.

[21] Eckart Kehr: Zur Genesis des Königlich-Preußischen Reserveoffiziers. In: Die Gesellschaft 5, 1928, II., S.492-502.

Schließlich wurde die deutsche politische Kultur durch die Reichsgründungskriege auch insofern geprägt, als das Ansehen von Armee und Offizierskorps, das in der preußischen Tradition verankert war, durch Siege der preußischen Armee bei Düppel, Königgrätz und Sedan erneut bekräftigt wurde. Die Armee behielt nicht nur ihre gleichsam extrakonstitutionelle Stellung, vielmehr orientierte sich die Gesellschaft verstärkt an militärischen Leitbildern. Die besondere Rolle des preußischen Reserveoffiziers in der Gesellschaft läßt die Prägekraft militärischer Leitbilder erkennen.[21] Eine zivile bürgerliche Gesellschaft hat sich umfassend erst nach dem Zweiten Weltkrieg — und dann auch nur in Westdeutschland — durchgesetzt.

* * *

Die Ereignisse 1864, 1866 und 1870 haben als Katalysator für die Herausbildung bzw. Bestätigung spezifischer politisch-gesellschaftlicher Strukturen gewirkt. Politik wurde in beträchtlichen Teilen der meinungsführenden Schichten als Handeln eines großen Staatsmannes, gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln „von oben", gesehen. Resultat der Entwicklung war eine Stärkung der Stellung der traditionellen Eliten und eine weitere Schwächung des durch den Ausgang der Revolution 1848 beeinträchtigten politischen Selbstbewußtseins des Bürgertums und der bürgerlichen Demokratie mit der Konsequenz, daß der demokratische Gedanke zunehmend seine wichtigste Stütze in der durch die ständisch-überhöhte Klassengesellschaft an den Rand gedrängten, politisch bekämpften und ausgegrenzten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erhielt. Die politisch-gesellschaftlichen Strukturen und Spannungen, die u.a. im Nebeneinander der verschiedenen sozialmoralischen Milieus bei Vorherrschaft der alten Eliten und eines leistungsfähigen Staatsapparates ihren Ausdruck fanden, erschwerten die Ausbildung einer demokratischen politischen Kultur und ließen Integrationsideologien attraktiv erscheinen. Weniger in sozialen Strukturen als in der politischen Kultur sind Spezifika der deutschen Entwicklung, die in der Zeit von 1864 bis 1871 zu sehen.

Gewiß ist es problematisch, pauschal von einem „deutschen Sonderweg" im 19. und 20. Jahrhundert zu sprechen. Letztlich sind alle nationalgeschichtlichen Entwicklungen unterschiedlich und insofern alle Wege Sonderwege. Und doch erscheint es nach wie vor angesichts der Katastrophen des 20. Jahrhunderts sinnvoll, nach deren Ursachen, nicht zuletzt in der deutschen Geschichte, zu fragen. Die europäische Zukunft verlangt ein geschichtliches Bewußtsein, in dem die Probleme der Vergangenheit im Hegelschen Sinne „aufgehoben" sind.